

Impulse #39

für eine lebendige Demokratie

Thema: Zivilcourage

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde des Vereins!

Es geschieht immer wieder – an unterschiedlichen Orten, zu unterschiedlichen Zeiten. Menschen werden beleidigt und bedroht, kommen in Konflikte oder geraten aneinander. Resentiments und Feindseligkeit steigern sich zu körperlicher Gewalt. Nach jedem rassistischen Angriff, nach jeder öffentlichen Auseinandersetzung ergeht in vielen Sonntagsreden die Aufforderung, Zivilcourage zu üben. Doch was heißt das praktisch?

Im Schwerpunkt der Sommerausgabe unseres Newsletters gehen wir dieser Frage nach. Antworten hierzu liefert(e) zum Beispiel das von Miteinander e.V. und Dr. Richard Hanke-Rauschenbach initiierte Projekt „otto greift ein“. Das Zivilcourageprojekt mit über 50 Akteuren unter der Schirmherrschaft des Magdeburger Oberbürgermeisters, Dr. Lutz Trümper, hilft, in Konfliktsituationen handlungsfähig zu werden und gewaltfrei einzugreifen. In Workshops und Seminaren wurde mit vielen interessierten Magdeburger_innen erprobt, was es konkret heißt, sich couragiert in Situationen zu verhalten, in denen wir sonst vielleicht lieber wegschauen. Die „Impulse #39“ präsentieren eine Bilanz der Kampagne „otto greift ein“ (S. 2–3). Praktische Tipps und Handlungshinweise für das Eingreifen in Bedrohungsszenarien, die u.a. aus dem Projekt erwachsen sind, bieten wir auf der Seite 6. Auf der Seite 7 berichten wir zudem über ein Theaterprojekt mit Jugendlichen, das sich mit Themen wie Identität, Anderssein, Mobbing und Zivilcourage auseinandergesetzt hat.

Zivilcourage zeigen lässt sich auch in der Auseinandersetzung mit öffentlichen Aktivitäten der extremen Rechten. Proteste gegen Neonazi-Aufmärsche und Rechtsrockkonzerte sind hier ein eindrucksvoller Beleg für eine gelebte Demo-

kratie. So haben engagierte Bürger_innen ein geplantes Skinhead-Festival in Groß Germersleben verhindert. Über die Hintergründe dieses Engagements informieren wir auf Seite 8. Der beschriebene Fall zeigt dabei auch Defizite von Land und Kommunen im Umgang mit rechts-extremen Ereignissen. Neben der Ausschöpfung ordnungsrechtlicher Möglichkeiten zur Begrenzung oder Verhinderung eines Neonazikonzerts bedarf eben auch einer zeitnahen Information der Bevölkerung. Nur so lassen sich Unsicherheiten und Ängste ausräumen. Und nur so kann frühzeitig bürgerschaftliches Engagement gegen rechtsextreme Aktivitäten geweckt und gestärkt werden.

Zivilcouragiert handeln heißt auch, sich immer wieder gegen einen diskriminierenden Alltag oder gegen diskriminierende rechtliche Rahmenbedingungen zu stellen. So wie etwa die anti-rassistische Initiative „no lager“ aus Halle (Saale), von der wir auf den Seiten 4 und 5 berichten. Außerdem erinnern wir an den Rassismus der 1990er Jahre (S. 8) und ziehen eine Bilanz zur Entwicklung der extremen Rechten in Sachsen-Anhalt für das Jahr 2012.

Wir hoffen, Sie mit unseren Berichten zur Zivilcourage zu ermutigen. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr Pascal Begrich und das Miteinander-Team

Seite 2

*Fast wie ein Märchen
Das Zivilcourageprojekt
„otto greift ein“*

Seite 4

*Solidarität und Unterstützung
für Flüchtlinge Interview mit
der Initiative no lager Halle*

Seite 6

*„Lassen Sie das!“ Praktische
Tipps für Zivilcourage in Gewalt-
und Bedrohungssituationen*

Seite 7

*Lockenkopf hoch Zwei – Eine
Jugendtheaterinszenierung*

Seite 8

*Ein Neonazi als Schlossherr
Bürger_innen setzen sich
couragiert zu Wehr*

Seite 9

*Kampagne "Für ein würdiges
Gedenken" – Mobile Opfer-
beratung bittet um Unterstützung*

Seite 10

*Rassismus tötet
Kundgebung in Halle erinnert
nicht nur an den Brandanschlag
von Solingen*

Seite 11

*Die extreme Rechte in Sachsen-
Anhalt 2012 Die Arbeitsstelle
Rechtsextremismus zieht Bilanz*

Seite 14

*Rezensionen: Topf & Söhne –
Besetzung auf einem Täterort
& Völkischer Antikapitalismus?
Eine Einführung in die Kapitalis-
muskritik von rechts*

Fast wie ein Märchen

Das Zivilcourageprojekt „otto greift ein“

Als Erfolgsgeschichte klingt „otto greift ein“ wie ein Märchen: Ein tapferes Schneiderlein hat ein Problem. Es lösen kann es aber nicht allein. Also macht es sich auf in die Welt und sucht Mitstreiter_innen. Auf seinem Weg findet das Schneiderlein Gefährten aus unterschiedlichen Zünften und viele Handwerker, die mit ihm gehen. Auch der Königshof ist interessiert und unterstützt das Schneiderlein. Gemeinsam tun sie viele schöne Dinge und am Ende feiern sie alle zusammen, weil ihre Stadt eine friedliche Stadt geworden ist.

Wenn dieses Märchen wahr geworden wäre, könnten wir feststellen: Die Landeshauptstadt und die Menschen in Magdeburg engagieren sich für mehr Zivilcourage in ihrer Stadt und beweisen dies eindrucksvoll durch „otto greift ein“.

Was ist wahr an diesem Märchen – und woran liegt das?

Ganz so ist es aber nicht. Wahr ist die ungewöhnliche Bandbreite an „Zünften und Handwerken“ unter den Gefährten: Neben den „üblichen Verdächtigen“ und erwartbaren Partnern wie Akteuren der Bildungsarbeit oder dem Oberbürgermeister als Schirmherrn finden sich städtische Unternehmen, wissenschaftliche Institute, Mittelständler_innen, Kultureinrichtungen ... und damit auch Einrichtungen, die als Kooperationspartner in der Bildungsarbeit von Miteinander e. V. selten sind.

Diese Mischung macht ungewöhnliche Aktivitäten möglich. Ich selbst wäre nie auf die Idee gekommen, bei der Firmenstaffel 2012 ein Benefizteam für „otto greift ein“ ins Rennen zu schicken. Aber einer unserer Partner hatte diese Idee und gemeinsam mit anderen waren wir in der Lage, sie umzusetzen – und hatte damit nicht nur eine gute Werbeaktion.

Gemeinsam haben wir uns getraut, auch außergewöhnliche Ideen wahr werden zu lassen, wie etwa ein Zivilcouragetraining im Opernhaus. Dank des Engagements der Theatermacher_innen und der Theaterleitung hat das Theater seine Räume für „otto greift ein“ sogar mehrmals geöffnet: Neben dem Zivilcouragetraining im Opernhaus gab es weitere auf Probebühnen. Da wurden die

Rollenspiele auch für die Teilnehmenden zu einem besonderen Theatererlebnis.

Das Opernhaus passte als Veranstaltungsort gut in unser Konzept: Wir wollten mit den Workshops raus aus den üblichen Bildungseinrichtungen und hin zu Orten, an denen sich unsere Zielgruppen sowieso aufhalten oder die so ungewöhnlich sind, dass sie die Zielgruppen neugierig machen. Die Neugier sollte die Magdeburger_innen nicht nur in das Opernhaus, sondern auch ins Rathaus, ins Leibniz-Institut oder die Senior_innen in ihre Alten- und Servicezentren locken. Beim Theater und den Alten- und Servicezentren hat das gut funktioniert. An anderen Orten hätten es gut noch wesentlich mehr Teilnehmende sein können. Und wir würden immer noch gerne eine Kleingartenanlage als Partner finden ...

Die Zivilcouragetrainings haben sehr unterschiedliche Menschen zusammengebracht. Da übten Theaterleute gemeinsam mit Journalist_innen, Senior_innen gemeinsam mit Fußballspieler_innen, Jugendliche mit ihren Eltern oder auch Betriebsräte gemeinsam mit ihren Geschäftsführern in Rollenspielen Zivilcourage ein. Das erzeugte zum Teil ein besonderes Kribbeln, wurde aber für alle Beteiligten zu einer guten Lernerfahrung (nicht nur, wenn ein Mensch, dem beruflich ein Fahrer zur Verfügung steht, bei der Auswertung reflektiert, dass er viel zu selten Straßenbahn fährt).

In dem Märchen von „otto greift ein“ wären noch viele kreative Aktionen zu erzählen: das ausgebuchte Kindertheaterstück „Der kleine Angsthase“ auf der „Meile der Demokratie“, der Wettbewerb „Kunststück Courage“, die Aktion mit der versteckten Kamera des MDR ... (1)

Gibt es nach einem Jahr ein Happy End?

Aber die Geschichte von „otto greift ein“ könnte auch so gehen: Viele Menschen und Organisationen engagieren sich. Sie stellen die Finanzierung sicher, sodass die Angebote in der Bildungsarbeit für die Teilnehmenden kostenfrei und die verrückten Ideen finanzierbar sind.

Viele finden das Projekt gut. Appelle für mehr Zivilcourage finden leicht Unterstützung und werden von vielen Menschen unterschrieben. Ob sie aber selbst an einem Workshop teilnehmen, steht auf einem anderen Blatt. Denn in der Regel war es so, dass bei den Workshops trotz aller Werbeaktionen und Sympathiebekundungen noch Plätze frei waren.

Doch was hindert die Menschen, an solch einem Workshop teilzunehmen, wenn sie es gleichzeitig wichtig finden, dass es dieses Angebot gibt? Auf diese Frage haben wir unterschiedliche Antworten gehört: „Ich fahr ja so selten Straßenbahn.“ „Mir ist noch nie etwas passiert.“ „Für die Jugendlichen ist das viel wichtiger.“ Sind das Ausflüchte, Faulheit, Ängste, mangelnde Courage, Stress, Angst vor einer Blamage im Rollenspiel ...? Vielleicht von allem etwas.

Diese Erfahrung ist aber nichts Spezifisches von „otto greift ein“. Kolleg_innen von vergleichbaren Initiativen aus anderen Orten erzählen uns Ähnliches. Moralische Appelle und Bekenntnisse für Zivilcourage sind leichter zu finden als Menschen, die diese in die Tat umsetzen wollen – oder lernen wollen, dies zu tun.

Zu Beginn von „otto greift ein“ hatten wir die Hoffnung, dass sich die Einrichtungen und Institutionen in der Stadt mit eigenen Aktivitäten beteiligen. Diese Hoffnung hat sich nur teilweise erfüllt. Das meiste brauchte unseren Einsatz und unsere Finanzierung, um umgesetzt werden zu können.

Wie wirbt man für Zivilcourage?

Da die zahlreichen Appelle für mehr Zivilcourage meist fruchtlos sind, wollte „otto greift ein“ nicht mit „erhobenem Zeigefinger“ daherkommen. Stattdessen wollten wir Aufmerksamkeit für das Thema Zivilcourage wecken und die Menschen motivieren, zu unseren Workshops zu kommen – ganz egal, inwieweit sie sich schon mit dem Thema beschäftigt hatten. Ob uns das gelungen ist? (2)

Zivilcouragiertes Handeln hat in der Regel zwei Möglichkeiten, medial beachtet zu werden: Die Handelnden vollbringen erfolgreich Heldentaten – oder sie scheitern dabei. Beides motiviert nicht gerade, in Alltagssituationen zivilcouragiert einzugreifen. Daher fehlen in der Wahrnehmung der meisten Menschen die Erfahrungen und Geschichten von gelingender Zivilcourage. Diese Geschichten, die meist nur mündlich oder in

Randspalten weitergegeben werden, sind aber eine wichtige Motivationshilfe.

Daher gibt es bei „otto greift ein“ die Rubrik „Zivilcourage funktioniert“: Wir fragen Teilnehmende von Workshops und Besucher_innen von Infoständen oder Schnuppertrainings nach ihren Erfahrungen, sammeln Medienberichte und dokumentieren diese in komprimierter Form auf unserer Internetseite. Die dortige Sammlung ist beeindruckend.

„otto greift ein“ war zwischendurch wie im Märchen und versetzte uns in einen Rausch, wenn die Teilnehmenden eines Trainings motiviert und kreativ bei der Sache waren. Doch es gab auch die Dämpfer: Im Januar 2013 wurden am helllichten Tag zwei Schüler in der Straßenbahn verprügelt. (3) Niemand griff ein, niemand half. Unser Entsetzen war groß. Lernt es Magdeburg nie? Der Vorfall hat uns auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Ja, wir können mit „otto greift ein“ vieles möglich machen, einiges anstoßen, vielleicht auch manches verändern, aber Magdeburg wird durch ein Jahr Arbeit nicht zu einer zivilcouragierten Stadt.

Mangelnde Zivilcourage ist nicht nur ein Magdeburger Problem, aber auch Magdeburg hat dieses Problem – und diesem Problem muss sich Magdeburg stellen. „otto greift ein“ will dies.

Wie geht die Geschichte weiter?

Die Finanzierungen enden. Das Angebot bleibt bestehen. Gerne möchten wir ab Herbst wieder kostenfreie Zivilcourageworkshops anbieten – an attraktiven Orten und mit motivierten Partnern und einer Finanzierung, die auch ausreichend Werbung und eine angemessene Bezahlung für die Honorarkräfte ermöglicht. Ob uns das gelingen wird?

Wir bleiben dran. „otto greift ein“ und das Engagement für mehr Zivilcourage in Magdeburg lässt uns nicht los. Wir sind also weiterhin ansprechbar, für potenzielle Partner und für ungewöhnliche Ideen. Das Happy End zum „otto greift ein“-Märchen steht also noch aus, aber wir sind auf gutem Weg. (chb)

(1) Nachzulesen auf der Internetseite <http://www.otto-greift-ein.de>

www.otto-greift-ein.de

(2) Alle Plakate sind zu finden unter <http://www.otto-greift-ein.de/mediakit-und-kontakt/>

(3) http://www.volksstimme.de/nachrichten/magdeburg/1008312_Jungs-in-Strassenbahn-attackiert.html (Letzter Zugriff 24.05.2013)



MUTIG SEIN KANN MAN EINÜBEN!
Jede/r von uns hat die Verantwortung, die Angst zu überwinden und sich für andere einzusetzen. Das ist die Aufgabe der Zivilcourage. Sie ist nicht nur ein Wort, sondern eine Haltung. Sie ist die Bereitschaft, sich für andere einzusetzen und Verantwortung zu übernehmen. Sie ist die Bereitschaft, sich für andere einzusetzen und Verantwortung zu übernehmen. Sie ist die Bereitschaft, sich für andere einzusetzen und Verantwortung zu übernehmen.

Weitere Informationen über das Projekt sind hier zu finden: <http://www.otto-greift-ein.de> facebook: [f/otto.greift.ein](https://www.facebook.com/otto.greift.ein)

Literatur:
Gerd Meyer/Siegfried Frech (Hrsg.): *Zivilcourage. Aufrechter Gang im Alltag.* Schwalbach/Taunus 2012.
Rainer Strobl: *Zivilcourage im Alltag statt Leichtsinn in Extremsituationen, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt am Main 2008, 169-188.*



MUTIG SEIN KANN MAN EINÜBEN!
Jede/r von uns hat die Verantwortung, die Angst zu überwinden und sich für andere einzusetzen. Das ist die Aufgabe der Zivilcourage. Sie ist nicht nur ein Wort, sondern eine Haltung. Sie ist die Bereitschaft, sich für andere einzusetzen und Verantwortung zu übernehmen. Sie ist die Bereitschaft, sich für andere einzusetzen und Verantwortung zu übernehmen. Sie ist die Bereitschaft, sich für andere einzusetzen und Verantwortung zu übernehmen.

Solidarität und Unterstützung

Interview mit der Initiative no lager Halle

Nicht nur, dass Flüchtlinge in Sachsen-Anhalt meist isoliert in Lagern oder Heimen leben müssen, auch werden ihnen ganz alltägliche Dinge – wie beispielsweise der Gang zum Arzt – oftmals zum Problem gemacht. Seit Jahren engagiert sich die Initiative no lager aus Halle, um diese Verhältnisse gemeinsam mit Flüchtlingen zu ändern.

Als Initiative no lager engagiert ihr euch seit vielen Jahren in den Themenbereichen Antirassismus und Flüchtlingsarbeit. Wo genau liegen eure Arbeitsfelder? Wie sieht euer Engagement konkret aus?

Wir unterstützen ganz direkt und praktisch Flüchtlinge und Flüchtlingsinitiativen, die für ihre Rechte kämpfen und sich gegen ihre Isolation und Ausgrenzung wehren, wie z. B. das Leben in Lagern – offiziell Gemeinschaftsunterkunft genannt – oder gegen die Residenzpflicht. Wir solidarisieren uns mit ihnen, indem wir gemeinsam in die Öffentlichkeit treten und über die herrschenden Zustände sprechen. Wir sind eine Gruppe, die mehrheitlich aus weißen Menschen mit einem deutschen Pass besteht. Dadurch verfügen wir über Zugänge zu Ressourcen und Privilegien, die Flüchtlingen verwehrt werden. Wir können z. B. einfacher Kundgebungen anmelden oder Förderanträge stellen. Deshalb übernehmen wir solche Aufgaben und stellen diese Mittel den Flüchtlingen zur Verfügung.

Wir helfen auch bei persönlichen Fragen und Problemen. Meistens geht es dabei um das Asylverfahren selbst und Auseinandersetzungen mit der Ausländerbehörde oder dem Sozialamt. Das ist eigentlich eine Aufgabe, die wir nicht so gerne übernehmen. Nicht, weil wir die Menschen mit diesen Fragen alleine lassen wollen, sondern weil wir eigentlich Beratungsstellen bzw. Sozialarbeiter_innen in der Pflicht sehen, diese Arbeit zu tun. Wenn es aber kaum bzw. nicht genug soziale und rechtliche Beratungsangebote gibt oder die Beratungsstellen kilometerweit weg sind, was in vielen Landkreisen der Fall ist, dann fragen natürlich die Menschen auch uns um Unterstützung. Also übersetzen und erklären wir auch mal ein Schreiben oder vermitteln Anwalt_innen.

Auf welche Reaktionen stoßt ihr dabei? Wer begrüßt euer Engagement? Wo gibt es Probleme?

Wir gelten, so unser Eindruck, in etlichen eher bürgerlichen Kreisen als ganz schrecklich linksradikal. In deren Augen machen wir immer Ärger, nerven und stellen Forderungen, die anderen völlig absonderlich und utopisch erscheinen. Und ja, wir sind eine linke Gruppe, wir lassen uns nicht von parteipolitischen Interessen oder Gruppierungen vereinnahmen und wir haben ein grundlegendes Problem mit der aktuellen Situation, was sowohl die Asylgesetzgebung als auch den völlig normalen, salonfähigen Rassismus angeht. Unser Ansatz ist es, auf Augenhöhe mit den von Rassismus und Ausgrenzung betroffenen Menschen eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln und gemeinsam zu handeln, während es in vielen Zusammenhängen üblich ist, über die Betroffenen zu sprechen anstatt mit ihnen. Dass man mit dieser Haltung an Grenzen stößt, gehört definitiv zu unseren Erfahrungen. Auch weil wir uns oftmals von „Außen“ in ein Geschehen einmischen, wie z. B. in Möhlau oder jetzt in Vockerode – also im ländlichen Raum, wo es kaum oder keine Unterstützung aus der sogenannten Zivilgesellschaft für Migrant_innen gibt.

Bekommt ihr auch Zuspruch?

Ja, wir bekommen auch Zuspruch und Unterstützung, in erster Linie natürlich von Menschen, mit denen wir zusammen aktiv sind. Und wir sind immer offen für Menschen, die sich uns anschließen wollen ...

Wo in Sachsen-Anhalt sind momentan Menschen besonders stark von Ausgrenzung und Rassismus betroffen?

Grundsätzlich müssen wir dazu sagen, dass unsere Ressourcen und damit auch Aktivitäten sehr begrenzt sind. Unsere politische Praxis hat sich in den letzten Jahren deshalb fast ausschließlich auf die bereits angesprochene Unterstützung der Kämpfe von Flüchtlingen beschränkt. Der institutionalisierte Rassismus, der ihnen in Form einer restriktiven und ganz bewusst auf Abschreckung ausgelegten deutschen Migrationspolitik, Sondergesetzen wie der Residenzpflicht und des Umgangs von Ämtern und Polizei entgegenschlägt, ist jedoch nur ein Teil des

für Flüchtlinge

Problems. Wir beschäftigen uns als Gruppe derzeit zum Beispiel überhaupt nicht mit dem Alltagsrassismus gegenüber Schwarzen Deutschen und Deutschen of Color in Sachsen-Anhalt. Dazu können wir dementsprechend auch nichts weiter sagen.

Wer die Diskussion oder unsere Veröffentlichungen in letzter Zeit verfolgt hat, wird auf die Situation in Vockerode im Landkreis im Wittenberg gestoßen sein. Auf Vockerode blicken jetzt alle, weil sich auch die NPD auf die Bildfläche gedrängt hat. Uns macht das immer auch irgendwie wütend, dass erst die NPD auftauchen muss, damit sich in der Öffentlichkeit mit so einem Ort und dem Lager und natürlich den dort wohnenden Menschen auseinandersetzt. Und ganz nebenbei wird sich trotz der öffentlichen Debatte bis 2017 kaum etwas an der Unterbringung von rund 200 Flüchtlingen in diesem Nest ändern. Diese Entscheidung wurde im Stillen durch die Verwaltung des Landkreises gefällt.

Darüber hinaus kennen wir auch nicht alle Lager, die es in Sachsen-Anhalt gibt, im Detail. Fast alle sind jedoch sehr isoliert gelegen, schlecht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen, in schlechtem baulichen Zustand, meist gibt es einen Waschschutz, aber keine ausreichende soziale Betreuung. Zum Teil erfahren die Bewohner_innen direkt von den Angestellten der Lagerbetreiber Diskriminierung, wenn z. B. Post geöffnet wird.

Aber auch ein schönes Lager ist ein Lager!

Viele der Menschen, die in Lagern leben müssen und eben nicht frei ihren Wohnort und ihre Wohnung wählen dürfen, empfinden die Lagerunterbringung als Herabwürdigung. Aus migrationspolitischer Sicht wird die Unterbringung in Lagern bis heute ganz bewusst als Abschreckungsmaßnahme eingesetzt, die potenzielle Flüchtlinge und Migrant_innen vom Versuch abhalten soll, nach Deutschland zu kommen. Deshalb gehört die zwangsweise Unterbringung in Lagern als solche abgeschafft!

Ehrenamtlich in diesem Bereich tätig zu sein, kann sicherlich sehr zermürbend sein. Rassismus als ge-

sellschaftliches Problem ist ja quasi immer aktuell und man stößt ständig an Grenzen. Was motiviert euch dazu, weiterzumachen?

Das ist eine gute Frage, die jede_r für sich vielleicht auch unterschiedlich beantwortet. Eine Motivation ist aber auf jeden Fall die, dass Solidarität nicht nur symbolisch, sondern auch „richtig“, d. h. ganz praktisch und konkret gezeigt werden kann. Dadurch ist die Wirkung unseres politischen Handelns manchmal direkt sichtbar, was zum Weitermachen motivieren kann. Bei anderen Themen ist das ja oft schwieriger. Andererseits haben wir manchmal den Eindruck, dass die Auseinandersetzung mit Rassismus in der Linken aus irgendeinem Grund weniger „hip“ und attraktiv ist als andere Themen. Auch wenn prinzipiell überhaupt nichts daran auszusetzen ist, dass verschiedene Menschen verschiedene Themen beackern, würden wir uns schon wünschen, dass in dieser Richtung noch mehr geschieht. Mit Aktionsausflügen am Wochenende ist es eben nicht getan – worauf es ankommt, ist aus unserer Sicht die kontinuierliche Arbeit vor Ort.

Mit gezielten Maßnahmen wie der Aufhebung der Residenzpflicht für den Aufenthalt in Kommunen und Kreisen, und der Empfehlung, Flüchtlinge dezentral in Wohnungen unterzubringen, versucht das Land Sachsen-Anhalt die Lebenssituation von Flüchtlingen im Rahmen der sehr restriktiven Bundesgesetzgebung zu erleichtern. Allerdings sind bisher nicht alle Landkreise und kreisfreien Städte dieser Empfehlung gefolgt. Seit zwanzig Jahren bemühen sich zudem der Runde Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit in Sachsen-Anhalt und der Flüchtlingsrat in enger Zusammenarbeit mit der Integrationsbeauftragten des Landes, die Situation von Flüchtlingen zu verbessern.

*Kontakt zum Runden Tisch:
c/o AGSA e.V., Schellingstr. 3-4,
39104 Magdeburg
E-Mail: rundertisch@agsa.de,
www.agsa.de*



„Lassen Sie das!“

Praktische Tipps für Zivilcourage in Gewalt- und Bedrohungssituationen

Es gibt viele unterschiedliche Sammlungen von Tipps für zivilcouragiertes Eingreifen in Gewalt und Bedrohungssituationen. Aber ob nun sechs Regeln (1) oder zehn Tipps – ganz egal, wie man sie formuliert. Wichtig ist, dass Menschen überhaupt aufmerksam werden und angeregt werden, etwas tun.

Für „otto greift ein“

haben wir dazu zehn Tipps formuliert:

1. Werden Sie aktiv!

Ein einziger Schritt, eine deutliche Geste kann die Situation verändern, Handlungsspielräume eröffnen und Umstehende dazu anregen, selbst etwas zu tun. Je länger Sie zögern, desto schwieriger wird es, einzugreifen.

2. Fordern Sie andere direkt zur Mithilfe auf!

Sprechen Sie konkret einzelne Personen an, und sagen Sie ihnen, was Sie von ihnen erwarten. In öffentlichen Verkehrsmitteln: Informieren Sie die Fahrer_innen bzw. Zugbegleiter_innen.

3. Rufen Sie die Polizei: 110!

Meistens haben wir ein Handy dabei, mit dem wir die Polizei informieren können. Wenn nicht: Bitte Sie andere, dies zu tun.

4. Erzeugen Sie Aufmerksamkeit!

Sprechen Sie laut. Ihre Stimme gibt Ihnen Selbstvertrauen und ermutigt andere.

5. Reden und zuhören!

Teilen Sie auch das Offensichtliche mit. Sprechen Sie ruhig, aber deutlich. Hören Sie zu, was Angreifer_innen sagen. Aus ihren Antworten bekommen Sie Hinweise für Ihre nächsten Schritte.

6. Halten Sie zu den Angegriffenen/Opfern!

Nehmen Sie Blickkontakt zu Angegriffenen auf. Das vermindert ihre Angst. Sprechen Sie sie direkt an: „Ich helfe Ihnen.“ Ziel des Eingreifens ist es, die Angegriffenen/Opfer zu schützen und ihnen aus der Situation zu helfen.

7. Wenden Sie keine Gewalt an!

Begeben Sie sich nicht unnötig in Gefahr. Setzen Sie keine Waffen ein. (Diese führen häufig zur Eskalation.) Vermeiden Sie es möglichst, An-

greifer_innen anzufassen. Körperkontakt ist in der Regel eine Grenzüberschreitung, die zur Eskalation führt. Lassen Sie sich nicht provozieren.

8. Provozieren Sie nicht!

Machen Sie keine geringschätzigen Äußerungen über Angreifer_innen. Schüchtern Sie sie nicht ein, drohen Sie nicht, beleidigen Sie nicht. Kritisieren Sie das Verhalten, aber werten Sie die Person nicht ab.

9. Tun Sie das Unerwartete!

Fallen Sie aus der Rolle, seien Sie kreativ und nutzen Sie den Überraschungseffekt zu Ihrem Vorteil.

10. Stellen Sie sich als Zeuge/Zeugin zur Verfügung!

Beobachten Sie genau und merken Sie sich Details wie Gesichter, Kleidung oder Fluchtrichtung. Erstellen Sie Anzeige und melden Sie sich als Zeuge/Zeugin.

Mit den Teilnehmenden der Workshops kamen weitere wichtige Hinweise zusammen: In den allermeisten Alltagssituationen braucht es keine großen Heldentaten, sondern es reicht schon eine deutliche Grenzziehung durch ein lautes „Nein!“

„Lassen Sie das!“. Ich muss niemandem erklären, warum ich Beleidigungen stoppen will. Ich muss daher in solchen Situationen keine Argumente liefern, sondern kann laut und bestimmt zu einer leiernden Schallplatte werden: „Lassen Sie das!“, „Hören Sie auf!“, „Gehen Sie weg!“ oder „Lassen Sie den Mann in Ruhe!“ (2) Diese Sätze sind in ihrer Wiederholung auch ein deutliches Signal an Dritte, dass hier etwas nicht stimmt.

Humor und Kreativität helfen, Tipp 9 umzusetzen und Unerwartetes zu tun. Dazu gibt es viele schöne Beispiele (3): Eine Frau verwickelte pöbelnde Jugendliche mit der freundlich-neugierigen Frage: „Och, was macht ihr denn hier?“ in ein Gespräch, jemand anderes sang laut: „Do you really want to hurt me?“

So etwas ist dann die hohe Kunst der Zivilcourage. Doch wie gesagt: Häufig reicht schon ein klares und deutliches „Nein!“, um Grenzen zu setzen und Dritte aufmerksam zu machen. (chb)

Lockenkopf hoch Zwei – Eine Jugendtheaterinszenierung

Ein Theaterprojekt von RollenWechsel in Kooperation mit der Sekundarschule „An der Weinstraße“ in Hohnstedt

„Also warum nehmen wir nicht einfach ‚Das doppelte Lottchen‘, da haben wir von allem was drin.“ (O-Ton Teilnehmerin)

Seit 2009 finden regelmäßig emanzipatorische Bildungsprojekte von Miteinander e. V. in Kooperation mit der Sekundarschule An der Weinstraße in Hohnstedt statt. Durch die Theaterprojekte erleben die Jugendlichen ihre Schule als Kulturraum und werden befähigt, ihn selbst mitzugestalten. Ende des Schuljahres 2011/12 wendeten sich Schüler_innen mit dem Wunsch nach einem kontinuierlichen Theaterangebot an ihre zuständige Schulsozialarbeiterin, die dann mit uns Kontakt aufnahm.

Aus der Theater-AG wird Skurriler Pasch

Mit Beginn des Schuljahres 2012/13 entstand eine Theater-AG für die 8. und 9. Klassen. In anfänglichen Schnupperstunden wurden Übungen vorgestellt und mit den Jugendlichen Ideen für eine Inszenierung gesammelt. Das Stück sollte spannend, lustig, geheimnisvoll, witzig und ein bisschen romantisch werden.

Gemeinsam entschieden wir uns für eine moderne Version des Kinderbuchklassikers „Das doppelte Lottchen“ von Erich Kästner. Unabdingbar war ein zeitgemäßer Umgang mit der Geschichte aus den 1940er Jahren, in der die eigenen Erlebniswelten, Wünsche und Träume der Jugendlichen der Stoff für eine moderne Interpretation sind. Der vorgegebene Handlungsplot bildet insofern nur die Grundlage und wird mit neuen Inhalten und Themen gefüllt.

Schwerpunkt der Stückentwicklung ist eine biografische Rollenarbeit. Mit Theater Techniken, Vertrauensübungen, Mal- und Bastelaufgaben sowie gezielten Fragestellungen näherten wir uns Themen wie Identität, Anderssein, Mobbing, Zivilcourage, Freundschaft, Familie oder Liebe.

Über die Entwicklung von fiktiven Figuren werden bekannte Rollenbilder, Familienkonstellationen, Freundschaft und Liebe erforscht und kritisch hinterfragt. Was wäre anders, wenn es

statt dem doppelten Lottchen den doppelten Lothar gäbe? Wie wäre es, wenn die beiden zwei Mütter hätten? Was können die Gründe für die Trennung der Eltern sein? Diese und ähnliche Fragen haben sich die Jugendlichen im Laufe des Prozesses gestellt und in Rollenspielen für sich beantwortet.

Eine erste öffentliche Präsentation in der Schule motivierte. Die Gruppe gab sich den Namen Skurriler Pasch und ihr Stück bekam den Titel „Lockenkopf hoch Zwei“. Die Auftrittstermine stehen fest und die Teilnahme bei einem Schülertheatertreffen in der Landesbühne Eisleben ist geplant. Nun laufen die Schlussproben auf Hochtouren, das Bühnenbild wird gebaut und Tanzchoreografien einstudiert.

Erich Kästners Stück in gewandelter Form

Der Plot: Zwei Mädchen begegnen sich durch Zufall in einem Ferienlager bei der Disco und müssen mit Schreck feststellen, dass sie sich ähnlicher kaum sein könnten. Luisa – frech, gut gelaunt und immer mit ihrer Clique unterwegs – kann es kaum fassen, ihren Freund auf einmal mit einem anderen Mädchen im Arm zu sehen. Lotte – gerade angekommen, brav, schüchtern und in sich gekehrt – versteht nicht, warum dieses unbekannte Mädchen auf einmal so wütend auf sie ist. Verwirrt, irritiert mit einem Gefühlschaos im Bauch stehen sich die beiden gegenüber und können es kaum glauben ...

Wer bist du? Wer bin ich? Bin ich ich? Oder bist du ich und ich bin du? 1000 Fragen schwirren durch die beiden rothaarigen Lockenköpfe und am Ende bleibt nur eins – der unbändige Wunsch, die Wahrheit herauszufinden und sich auf die Suche nach Antworten zu begeben. Aus ICH wirst DU und DU wirst ICH. Die beiden beschließen, die Rollen zu tauschen, und stellen sich den Herausforderungen eines neuen Lebens in einer für sie fremden Stadt mit bisher unbekanntem Menschen. Wie wird das Zusammentreffen mit der echten Mutter? Wie das Wohnen bei dem unbekanntem Vater? (kl)

Aufführungen:
Skurriler Pasch „Lockenkopf hoch 2“
Ein Theaterprojekt des Modellprojektes RollenWechsel (Miteinander e. V.) in Kooperation mit der Sekundarschule An der Weinstraße Hohnstedt.
5. Juli 2013, 20 Uhr und 7. Juli 2013, 16 Uhr
Theater Mandroschke,
Rudolf-Ernst-Weise-Straße 4/6,
06112 Halle

Eintritt frei, Spenden erwünscht
Karten können unter folgenden Link reserviert werden: <http://mandroschke.de/veranstaltungen/>

(1) z. B. bei „tu was!“ aus Bremen: <http://www.zeig-courage.de/courageinfos>

(2) Wie's gehen kann, zeigt ein Werbespot von Gesicht zeigen: <https://www.youtube.com/watch?v=UPTLnQzlsOI>

(3) z. B. im Werbefilm von HelliwoodMedia gemeinsam mit Fabian Salars Erbe e. V.: <https://www.youtube.com/watch?v=iSfWmorX7Uw>

Auf der Internetseite www.otto-greift-ein.de/category/zivilcourage-funktioniert/ haben wir Beispiele von zivilcouragiertem Eingreifen gesammelt – und sammeln weiter.

Literatur:

Ralf Bongartz: Nutze deine Angst. Wie wir in Gewaltsituationen richtig reagieren. Frankfurt am Main 2013.

Beate Lakotta: „Vor Angst erstarrt“. Zivilcourage sei erlernbar, sagt die Psychologin Veronika Brandstätter, in: Der Spiegel Nr. 11 vom 11.3.2013, 62f.

Ein Neonazi als Schlossherr

Bürger_innen setzen sich couragiert zu Wehr

Wie in den Jahren zuvor wurde das kleine Dorf Nienhagen im Harz vor einigen Wochen von den neonazistischen Botschaften internationaler Rechtsrockbands beschallt. Abermals kamen weit über 1.000 Neonazis in die 400-Seelen-Gemeinde, um unter dem Motto „This one's for the Skinheads again“ Szenegrößen wie „Endstufe“ und „Brassic“ zu sehen.

Dabei glaubten die Menschen in Nienhagen schon, die Konzerte ein für alle Mal los geworden zu sein, denn die Neonazis stießen seit dem letzten Jahr auf den Protest einer Bürgerinitiative. Einige Bürgerinnen und Bürger aus dem Ort organisierten eine Abstimmung mit dem Ergebnis, dass der überragende Teil der Ortsansässigen die Konzerte nicht mehr im Ort haben will. Hiermit sollte der Vermieter des Konzertgeländes dazu bewogen werden, sein Grundstück nicht mehr Neonazis zu überlassen. Oliver Malina und die Gruppierung „Honour and Pride“ (Ehre und Stolz), die aufgrund der Konzerte in Nienhagen mittlerweile zu den wichtigsten Organisatoren neonazistischer Konzerte in Nord- und Ostdeutschland gehören, begab sich auf die Suche nach einem neuen Ort.

Und so geschah es, dass die Menschen in dem nicht weit entfernten Ort Groß Germersleben aus allen Wolken fielen: Nachdem das einstige Schmuckstück des Ortes – das Barockschloss – samt Parkanlage zur Brandruine wurde, jahrelang verfiel und der Park verwilderte, gelangte das Gelände im Rahmen einer Zwangsversteigerung auch noch in die Hände des überregional bekannten Neonazis. Doch damit nicht genug, kurz nach Erwerb des Geländes wurde deutlich, wofür der Malina zwölftausend Euro ausgeben wollte: Die Rechtsrockevents sollten nun hier stattfinden.

Auf breite Kritik vor Ort stieß die Informationspolitik der kommunalen Verantwortungsträger_innen. Nur sukzessive und auf Presseanfragen hin wurden die Umstände der Zwangsversteigerung und die den Behörden vorliegenden Planungen Malinas bekannt. Im Ort fühlte man sich schlecht informiert. Und so manche Antwort blieb der Oscherslebener Bürgermeister Klenke schuldig. Im Verlauf der öffentlichen

Auseinandersetzung mit dem Grundstückskauf und dem Konzertvorhaben Malinas entstand vor Ort der Eindruck, die Bürger_innen würden mit dem Problem eines großen Rechtsrockkonzerts in einem 450 Einwohner_innen zählenden Dorf alleingelassen. Doch es kam anders.

Protestengagement vor Ort

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Verkaufs des Schlossgeländes an den Neonazi Oliver Malina konstituierte sich im Nachgang einer Einwohnerversammlung eine Bürgerinitiative mit dem Namen „Groß Germersleben Rechtsrockfrei“. Sie sammelte zunächst alle verfügbaren Informationen rund um das geplante Neonazikonzert und ging anschließend daran, den Protest in einem Straßenfest zu organisieren. Von besonderer Bedeutung für den Lernprozess vor Ort in der Auseinandersetzung mit Rechtsrockkonzerten waren jene Erfahrungen, die der Sprecher der Bürgerinitiative aus Nienhagen, Hans Christian Anders, in Groß Germersleben einzubringen wusste. Umsichtig und geduldig erläuterte er die Rechtslage ebenso wie die Chancen und Grenzen der ordnungsrechtlichen Zähmungsversuche solcher Konzerte.

Gar nicht hoch genug ist das Engagement der Bürger_innen in Groß Germersleben zu loben, die sich binnen kurzem zum Thema Rechtsextremismus fit machten, und in einem Kraftakt ein buntes und erfolgreiches Straßenfest auf die Beine stellten. Als Vorbild diente die Meile der Demokratie, die in Magdeburg jedes Jahr als Gegenaktion zu Sachsen-Anhalts größten Naziaufmarsch organisiert wird. Mit überregionaler Unterstützung gelang es, in Groß Germersleben und im Anschluss auch in Nienhagen, wo Malinas Konzert schlussendlich stattfand, ein deutliches Zeichen gegen neonazistische Konzerte zu setzen. Der Dank von Öffentlichkeit und Landespolitik sollte jedoch an jene gehen, die sich vor Ort unter Einsatz privater Ressourcen gegen einen neonazistischen Konzertveranstalter aufgestanden sind. (mab, mb, db)

Für ein würdiges Gedenken

Kampagne der Mobilen Opferberatung bittet um Unterstützung

Seit 1990 kamen mindestens 13 Menschen in Sachsen-Anhalt durch politisch rechts motivierte Gewalttaten ums Leben: 1992 starb in Magdeburg der 23-jährige Torsten Lamprecht, ein Jahr später der gleichaltrige Matthias Lüders in Obhausen (Saalekreis). In Quedlinburg kam 1994 der 43-jährige Eberhart Tennstedt ums Leben. Drei Jahre danach erstachen rechte Skinheads den 17-jährigen Frank Böttcher in Magdeburg. 1999 starb der 37-jährige Hans-Werner Gärtner in Löbejün und im selben Jahr der 38-jährige Jörg Danek in Halle.

Die ersten Opfer im neuen Jahrzehnt waren der 60-jährige Helmut Sackers aus Halberstadt (Harz) und der 39-jährige Alberto Adriano aus Dessau. Im Jahr 2001 kam der 38-jährige Willi Worg in Milzau (Saalekreis) ums Leben. Im Jahr 2003 starb der 40-jährige Andreas Oertel in Naumburg (Burgenlandkreis), im Jahr darauf der 46-jährige Martin Görges in Burg (Jerichower Land) und im Jahr 2008 der 50-jährige Hans-Joachim Sbrzesny in Dessau-Roßlau. Das vorerst letzte Opfer war der 20-jährige Rick Langenstein, der im Jahr 2008 in Magdeburg ums Leben kam.

Sie alle verloren ihr Leben, weil die Täter_innen ihnen als Punks, Arbeitsmigranten, Wohnungslose, sozial Randständige, vermeintliche „politische Gegner“ oder Menschen mit psychischen und physischen Beeinträchtigungen ihr Existenzrecht absprachen. Lediglich sieben der Getöteten werden in den offiziellen Statistiken als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt. Auch das öffentliche Gedenken beschränkt sich bislang auf einige wenige Orte.

Die Kampagne

Mit der Kampagne „Würdiges Gedenken für alle Todesopfer rechter Gewalt“ will sich die Mobile Opferberatung für ein öffentliches und lebhaftes Gedenken in Sachsen-Anhalt einsetzen. Den oftmals längst vergessenen Opfern sollen Name, Gesicht und Geschichte zurückgegeben werden. Gleichzeitig wollen wir deutlich machen, dass es jenseits des Terrors des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) eine tödliche Dimension rechter Gewalt gibt und die Angehörigen Solida-

rität und Unterstützung benötigen. Noch immer mangelt es vielerorts an Aufmerksamkeit für die ganz alltägliche rechte Gewalt, die das Leben vieler Menschen in Sachsen-Anhalt beeinträchtigt.

Aktuell entsteht eine interaktive Website, die im Sommer 2013 vorgestellt werden soll. Sie wird Fotos und biografische Angaben zu den Getöteten, Erinnerungen von Angehörigen und Freund_innen sowie Informationen zu den einzelnen Tötungsdelikten oder Radio- und Fernsehbeiträge beinhalten. Aktuelle Fotos von den Tatorten, die bis auf wenige Ausnahmen heute als solche nicht gekennzeichnet sind, sollen sie für alle sicht- und auffindbar machen.

Bitte um Unterstützung

Spätestens im Jahr 2014 wollen wir in Zusammenarbeit mit lokalen Kooperationspartner_innen – und wenn möglich mit Angehörigen und Freund_innen der Getöteten – in den Kommunen Orte der Erinnerung im öffentlichen Raum schaffen, die für alle zugänglich sind. Vorstellbar sind dabei die jeweiligen ehemaligen Tatorte, aber auch andere Plätze. Neben der Installation von Skulpturen, Stelen, Gedenktafeln oder -steinen sollen auch mit den Getöteten in Verbindung stehende Geschichten als Audiobeiträge nachzuhören sein.

Für den Erfolg der Kampagne benötigen wir Ihre und Eure Unterstützung: zum Beispiel durch die Vermittlung von Kontakten zu ehemaligen Freund_innen der Opfer, durch eigene Recherchen zu den Tatumständen oder den Biografien der Getöteten, beispielsweise durch Interviews mit Angehörigen, Anwalt_innen oder Freund_innen der Opfer, durch die Übersendung von Zeitungsartikeln und Fotos oder bei der konkreten Ausgestaltung der Orte der Erinnerung sowie des langfristigen Gedenkens vor Ort, etwa durch Organisation von Veranstaltungen an den Todestagen. Deshalb suchen wir lokale Pat_innen: Einzelpersonen, Schulklassen, Antifagruppen, Gewerkschafter_innen, Sozialverbände, Kirchengruppen und andere, die sich vor Ort engagieren wollen, und freuen uns über eine Kontaktaufnahme mit uns. (zs)

Kontakt: wuerdiges-gedenken@mobile-opferberatung.de

Rassismus tötet

Kundgebung in Halle erinnert nicht nur an den Brandanschlag von Solingen

Für Mitte Mai rief die Kampagne „Rassismus tötet!“ zu einem bundesweiten Aktionstag auf. In Halle an der Saale fand in diesem Rahmen am 15. Mai eine Kundgebung auf dem Marktplatz statt, an der sich auch Miteinander e. V. beteiligte.

Mehrere Hundert Menschen nahmen an der Aktion teil, bei der Flüchtlinge aus Heimen in Sachsen-Anhalt von ihrem Leben und den schwierigen Umständen berichteten, von denen sie aufgrund der restriktiven Asylgesetzgebung betroffen sind.

Selbst organisierter Flüchtlingsprotest

Seit über einem Jahr protestieren Flüchtlinge in Deutschland gegen die menschenunwürdigen Bedingungen, denen sie ausgesetzt sind. Einer der Höhepunkte des selbst organisierten Protests war der Marsch einer Gruppe von Würzburg nach Berlin, mit dem bewusst gegen die Residenzpflicht verstoßen wurde. Die Route führte auch durch viele Orte in Sachsen-Anhalt. Es wurden verschiedene Flüchtlingsheime besucht und die Bewohner_innen animiert, sich dem Treck anzuschließen.

Dass überhaupt so viele Menschen teilweise jahrelang wie auf dem Abstellgleis darauf warten, als „asylberechtigt“ anerkannt zu werden, hängt mit der Ausgestaltung des Grundrechts auf Asyl in Deutschland zusammen. Dessen Durchsetzung wurde mit der Grundrechtsänderung vor 20 Jahren faktisch verunmöglicht. Eingeführt wurden damals die sogenannte Drittstaatenregelung, das Prinzip der „sicheren Herkunftsstaaten“, Schnellverfahren an den Flughäfen und das Asylbewerberleistungsgesetz.

Der Grundgesetzänderung vorausgegangen war jahrelanger rassistischer Terror in heute kaum vorstellbarer Qualität. Beinahe wöchentlich gab es vor allem in den neuen Bundesländern Brandanschläge auf Flüchtlingsheime, ganz zu schweigen von permanenten körperlichen Angriffen auf vermeintliche „Ausländer“, Linke und Obdachlose, die zwischen „Wiedervereinigung“ und dem Bundestagsbeschluss von 1993 mindestens 45 Menschen das Leben kostete.

Angeheizt von der rassistischen Stimmung im Land und der politischen Entscheidung auf Bundesebene wählten sich einige Neonazis in Solingen als „Vollstrecker des Volkswillens“ und steckten am 29. Mai 1993 das Haus der Familie Genç in Brand. Fünf Menschen starben.

Die Ursachen der Gewaltwelle in den neuen Bundesländern sind nicht nur im Umgang des DDR-Staates mit zeitgenössischen Erscheinungen von Antisemitismus und Rassismus zu suchen. Sie liegen auch im nationalistischen Tummel, der die Wende begleitete, und im Gefühl des Zu-kurz-gekommen-seins, das sich breit machte, als klar wurde, dass die kapitalistische Realität doch nicht so blühend ist, wie sie zuvor von den politischen Eliten Westdeutschlands ausgemalt wurde. Eine rassistische Hetzkampagne in den Medien, die vorhandene Ressentiments bündelte und in gewisse Bahnen lenkte, tat ihr übriges.

Rassismus hat viele Gesichter

Beim Aktionstag in Halle wurde nicht nur auf die graue Alltagsrealität geflüchteter Menschen in Deutschland hingewiesen. Thema war auch der gesellschaftliche Rassismus, der sich auf viele Arten Ausdruck verschafft. Ein Vertreter von Miteinander e. V. forderte, man müsse die in der Gesellschaft vorhandenen menschenverachtenden Ressentiments verstärkt zur Kenntnis nehmen.

„Während die einen losziehen, um Menschen totzuschlagen, sympathisieren die Anderen öffentlich oder heimlich mit der Gewalt, lachen über menschenverachtende Witze, hetzen am sonntäglichen Kaffeetisch, applaudieren beim Pogrom, erklären Menschen zu Dönern, machen Behördengänge zur Qual, führen Abschiebungen durch oder beseitigen das Recht auf Asyl!“, sagte er in seinem Redebeitrag. Und weiter: „Es braucht die Erkenntnis, dass Rassismus in staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen sowie in der Bevölkerung weit verbreitet ist. Ohne dies ist der Kampf gegen Neonazis sinnlos.“ (mb)

Die extreme Rechte in Sachsen-Anhalt 2012

Die Arbeitsstelle Rechtsextremismus zieht Bilanz

Seit 2005 widmet sich die Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V. der systematischen Auswertung und Analyse der Erscheinungsformen und Aktivitäten der extremen Rechten in Sachsen-Anhalt. Im Folgenden zeichnen wir wesentliche Entwicklungen nach und präsentieren eine Bilanz unserer Beobachtungen und Analysen für das Jahr 2012.

Entgegen der öffentlichen Erwartungen zeigte sich die extreme Rechte 2012 mobilisierungsfähig und kampagnenfähig. Die strukturelle und finanzielle Krise der NPD hatte keinen Einfluss auf die Aktivität neonazistischer Gruppierungen. Eine steigende Zahl von Rechtsrock-Konzerten und Aufmärschen sowie die Präsenz im Web 2.0 zeugten von einer anhaltenden Attraktivität und Mobilität des Neonazismus.

Von der Szene für die Szene und darüber hinaus: Anhaltende Attraktivität neonazistischer Konzerte

Mindestens 30 neonazistische Konzerte – vom „Wohnzimmerkonzert“ bis zu öffentlichen Großereignissen mit über 1.000 Teilnehmenden – haben 2012 in Sachsen-Anhalt stattgefunden. Im Jahr zuvor verzeichnete die Arbeitsstelle Rechtsextremismus auf Grundlage eigener Beobachtungen und Auswertung öffentlicher Quellen insgesamt 20 Rechtsrock-Veranstaltungen in Sachsen-Anhalt.

Es sind vor allem neonazistische Bands und Rechtsrock-Konzerte, die über die eigene Szene hinaus Jugendliche und junge Erwachsene erreichen. Sie stellen ein niedrigschwelliges und attraktives Angebot zur Identifizierung mit rechtsextremen Inhalten dar. Sie verbinden neonazistische Ideologie mit Formen von Jugendkultur und politisieren die Lebenswelt von Szeneanhänger_innen. Darüber hinaus stellen Konzerte eine wichtige Einnahmequelle für die extreme Rechte dar. Mittlerweile werden hier mehr Einnahmen als über CD-Verkäufe realisiert. Neben konspirativ vorbereiteten und durchgeführten

Konzerten gab es in Sachsen-Anhalt 2012 zunehmend legal realisierte Konzerte. Rechte Konzertorganisatoren achten dabei penibel auf die Erfüllung ordnungsrechtlicher Auflagen und verschaffen damit einen öffentlichen Raum, der die Reichweite der Veranstaltungen erheblich erhöht. Diese bundesweit zu beobachtende Tendenz ist besorgniserregend. Da der ordnungsrechtlichen Beauftragung solcher Konzerte durch die Behörden Grenzen gesetzt sind, muss das Hauptaugenmerk der Auseinandersetzung mit rechten Konzerten den dort dargebotenen neonazistischen Inhalten gelten. Es ist die Erlebniswelt aus Musik, Texten, Darbietung und Interaktion mit den Zuhörer_innen, die den Soundtrack für rechte und rassistische Gewalttaten liefert.

Am 26. Mai 2012 fand in Nienhagen mit der „European Skinheadparty“ eines der größten Rechtsrockkonzerte seit Jahren statt. Entgegen der langjährigen Praxis neonazistischer Veranstalter wurde dieses Konzert nicht im Verborgenen geplant und durchgeführt, sondern mit großem zeitlichem Vorlauf beim zuständigen Ordnungsamt angemeldet und langfristig beworben. Die Taktik der Veranstalter ging auf: Das Konzert mit internationalen Bands aus dem neonazistischen Netzwerk „Blood & Honour“ konnte nicht verboten werden. Über 1.800 Teilnehmer_innen konnten ungestört ihr menschenverachtendes Weltbild feiern. Allerdings führten die öffentlichen Auseinandersetzungen um dieses Konzert zur Gründung eines Bürgerbündnisses in Nienhagen, das sich aktiv gegen die Weiterführung der Konzertreihe engagiert und Aktionen zur deren Verhinderung durchgeführt hat. Mittlerweile hat sich in einer Abstimmung die Mehrheit des Ortes gegen solche Konzerte ausgesprochen.

Selbstvergewisserung und Anschlussfähigkeit: Aufmärsche und Kundgebungen

Die Arbeitsstelle Rechtsextremismus registrierte im Jahr 2012 18 neonazistische Aufmärsche sowie



Rechtsrockkonzert am 26.05.2012 in Nienhagen (Bild: Stephanie Heide)

28 Kundgebungen und Mahnwachen. Damit bestimmen diese Aktionsformen nach wie vor die öffentlichen Auftritte der extremen Rechten.

Thematisch standen 2012 der positive Bezug auf den Nationalsozialismus sowie die nationalistische Kampagne „Raus aus dem Euro“ im Mittelpunkt rechter Demonstrationen. Kundgebungen und Mahnwachen wurden überwiegend durch die NPD-Kreisverbände aus Wittenberg, Anhalt-Bitterfeld und Magdeburg organisiert. An ihnen nahmen zwischen drei und 50 Personen teil. Die Mehrzahl der Aufmärsche wurde von neonazistischen „Kameradschaften“ durchgeführt. Der Zuspruch zu den Demonstrationen war regional sehr unterschiedlich. Der größte Aufzug fand am 14. Januar 2012 mit 1.200 Teilnehmenden in Magdeburg statt. Damit gehörte auch im letzten Jahr dieser neonazistische „Trauermarsch“ zu den wichtigsten Demonstrationen der rechten Szene in Deutschland.

Mit ihren öffentlichen Auftritten kann die extreme Rechte insbesondere dort erfolgreich sein, wo es ihr gelingt, aufgrund regionaler Ereignisse mit ihren Deutungsangeboten Anschluss an vorhandene Ressentiments in der Bevölkerung zu finden. Beispielhaft für diese Erfolge der Neonaziszene stehen die Ereignisse in der Gemeinde Insel. Nach dem Zuzug von zwei ehemaligen Sexualstraftätern im Juli 2011 forderten Einwohner_innen wiederholt auf Kundgebungen den Wegzug der beiden Männer. Ab Mitte September 2011 riefen neonazistische Gruppen und NPD zu Protesten auf. Seitdem nehmen Einwohner_innen entweder an neonazistischen Kundgebungen teil oder heißen Neonazis zu ihren Aktionen willkommen. Am Abend des 1. Juni 2012 eskalierten die Ereignisse als Einwohner_innen und Neonazis versuchten, gewaltsam in das Haus der ehemaligen Sexualstraftäter einzudringen.

Aufmärsche und Kundgebungen dienen der ideologischen Selbstvergewisserung. Als Events stärken sie das Gemeinschaftsgefühl und fördern den Verbleib der Einzelnen in der neonazistischen Szene. Im „Kampf um die Straße“ fungieren diese Auftritte als Machtdemonstration und vermitteln Inhalte an die Öffentlichkeit. Umso notwendiger ist es, der extremen Rechten mit ihren Aufmärschen nicht den öffentlichen Raum zu überlassen. So hat sich auch 2012 vielerorts breiter Bürgerprotest – Kundgebungen, Mahnwachen, Blockaden, Straßenfest u.v.m. – formiert.

Virtuelle Erlebniswelten: Die extreme Rechte im Internet

Neue Formen der Mobilisierung und medialen Aufbereitung von Aktivitäten im Web 2.0 stellen einen Paradigmenwechsel in der Kommunikation der rechten Szene dar. Ankündigung und mediale Aufarbeitung rechter Konzerte und Aufmärsche verlagern sich ins Internet.

Noch 2011 dominierten interne Mobilisierungs- und Kommunikationswege wie Fanzines oder geschlossene Internetforen und Mailverteiler. Heute werden neonazistische Inhalte fast ausschließlich in sozialen Netzwerken – weitgehend offen zugänglich – kommuniziert. Über Facebook-Gruppen und Twitter lassen sich Interessent_innen für Themen und Aktionen rekrutieren, die zuvor mit der Szene in keinerlei Verbindung standen. Kampagnen und Aktionen finden über die eigene Szene und mögliche Zuschauer_innen hinaus Verbreitung und Unterstützung. Neonazistische Aktivitäten werden so zu Events im World Wide Web. Hier wiedergegebene Stimmungsberichte, Fotos oder Videos lassen nicht nur die Anhängerschaft fast unmittelbar Aktionen miterleben oder ermöglichen die virtuelle Teilhabe. Vor diesem Hintergrund gewannen 2012 spektakuläre Formen der Selbstinszenierung und deren mediale Verarbeitung an Bedeutung. Beispielhaft sind hier die Flashmobs der „Unsterblichen“ – u.a. in Halberstadt, Halle (Saale) und Landsberg – zu nennen: Neonazis versammeln sich scheinbar spontan bei Einbruch der Dunkelheit. Mit Fackeln und Masken versehen ziehen sie durch die Straßen und warnen vor dem angeblichen „Volkstod“ der Deutschen. Videos im Internet inszenieren die Aufzüge als pathetische Massenmärsche.

Aktivitäten im Web 2.0 steigern Reichweite und Akzeptanz neonazistischer Kampagnen. Die umfassende Präsenz im Internet ermöglicht es aber auch einer kritischen und demokratischen Zivilgesellschaft solche Aktivitäten zeitnah zur Kenntnis zu nehmen. Gleichzeitig wird in den sozialen Netzwerken sichtbar, wie der Kern der rechten Szene seine Inhalte über vielfältige kulturelle und soziale Bezugsgruppen weitergibt. Dies erleichtert u.U. die Entwicklung geeigneter Formen der Auseinandersetzung.

Kampf gegen die Bedeutungslosigkeit: Die NPD in Sachsen-Anhalt

Die sachsen-anhaltische NPD als bedeutendste Partei innerhalb des rechtsextremen Spektrums befindet sich in einer existenziellen Krise. Die Niederlage bei den Landtagswahlen 2011 hatte auch 2012 gravierende Auswirkungen. Öffentliche Parteiaktivitäten kamen fast vollständig zum Erliegen.

Die Partei ist personell ausgezehrt und in einer prekären finanziellen Lage. Die Mehrzahl der Kreisverbände ist nicht mehr arbeitsfähig. Der nach der Wahlniederlage berufene neue Landesvorstand der NPD entwickelte kein erkennbares Konzept, den Niedergang der Partei aufzuhalten. Den Verlust der politischen Kampagnenfähigkeit konnte das medienwirksame Auftreten der Partei im Zusammenhang mit den Kundgebungen und Demonstrationen in Insel nur temporär überdecken. Die Mehrheit der Personen des neonazistischen Flügels wandte sich von der Partei ab, und agiert nun überwiegend im Spektrum der „Freien Kameradschaften“.

Auch bei den Vertreter_innen der Partei in den kommunalen Parlamenten zeigte sich dieser Erosionsprozess. Drei NPD-Vertreter legten ihr Mandat nieder und wurden durch Nachrücker ersetzt, mindestens zwei Abgeordnete traten aus der Partei aus, behielten aber das Mandat. Allerdings wurde die NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) als Teil des aktionistischen Kerns der Neonaziszene nur teilweise von der Krise der Mutterpartei NPD erfasst.

Profiteure des NPD-Debakels: Neonazistische Gruppen in Sachsen-Anhalt

Auf die strukturelle Krise der NPD folgte keine Krise der neonazistischen Bewegung. Eine Vielzahl von öffentlichkeitswirksamen Aktionen bezeugte 2012 die Vitalität der parteiunabhängigen extremen Rechten. Neue Gruppierungen im Spektrum der „Freien Kräfte“ wurden gebildet.

Das neonazistische Kernmilieu jedoch setzt sich in Sachsen-Anhalt aus militanten „Kameradschaften“ und ihrem jugend-kulturellen Umfeld zusammen. Sie profitierten von der Schwäche der NPD und erwiesen sich 2012 immer wieder als kampagnenfähig. Dabei war eine Neuformierung des Szenekerns entlang bundesweit geführter neonazistischer Propagandaaktionen sichtbar. Scheinbar spontane Aktionsformen wie jene der „Unsterblichen“ erhöhten die mediale Reichweite der Szene und steigerten zugleich deren Attraktivität für erlebnis-orientierte rechte Jugendliche. Unabhängig von den landesweiten Entwicklungen bestand in einigen Regionen auch weiterhin ein Beziehungsgeflecht zwischen Vertreter_innen der NPD und den „freien Kräften“.

Die extreme Rechte in Zahlen: Ausgewählte Daten zur Entwicklung in Sachsen-Anhalt 2011 und 2012

Die hier vorgelegten Zahlen spiegeln das Ergebnis eigener Recherchen sowie der Auswertung zugänglicher Quellen wider. Dennoch muss von einem Dunkelfeld neonazistischer Aktivitäten ausgegangen werden, das von der Arbeitsstelle Rechtsextremismus nicht erfasst werden kann. So stellen die Zahlen Entwicklungstrends dar, beanspruchen aber nicht, alle Ereignisse 2011 und 2012 vollständig abzubilden.

	2011	2012
Konzerte	20	30
CD-Veröffentlichungen aus Sachsen-Anhalt	12	7
Demonstrationen	10	18
Kundgebungen und Mahnwachen	13	28

(db, th, pb)



1.200 Teilnehmende aus ganz Deutschland: Aufmarsch am 14.01.2012 in Magdeburg (Bild: AREX)



Inszenierung im Web 2.0: Die Kampagne der „Unsterblichen“ (Screenshot, Quelle: werde-unsterblich.info)



Ohne Resonanz: Die „Deutschlandtour der NPD in Halle (Saale) am 07.08.2012 (Bild: AREX)

Rezensionen

Karl Meyerbeer, Pascal Späth:
*Topf & Söhne – Besetzung auf
einem Täterort,*
Verlag Graswurzelrevolution,
Heidelberg 2012.

Plurale Zugänge zu einem historischen Ort

Geschichte kann auf eigentümliche Weise in die Gegenwart ragen. Die Besetzung des ehemaligen Firmengeländes Topf & Söhne in Erfurt von 2001 bis 2009 durch linke Aktivist_innen war so ein Fall. Sie trug wesentlich dazu bei, eine weitgehend vergessene Facette der NS-Geschichte in den Diskursraum Stadt zu befördern.

Die Firma Topf & Söhne hat in der Zeit des Nationalsozialismus Krematoriumsöfen für Konzentrations- und Vernichtungslager hergestellt. Die Hausbesetzung auf dem ehemaligen Firmengelände war immer umstritten: Von besonderer Bedeutung war die Aneignung eines nationalsozialistischen Tatortes, der zum Zeitpunkt der Besetzung als verwahrloste Gewerbebranche keinen Raum im offiziellen Stadtbild oder im stadtgeschichtlichen Narrativ hatte.

Neben den unmittelbaren Erlebnissen und Erfahrungen auf dem besetzten Gelände betrachten die Autor_innen den Umgang mit der Geschichte von Topf & Söhne vom 19. Jahrhundert bis zum heutigen „Gewerbegebiet mit Geschichts-ort“. Im Verlauf der acht Jahre auf dem Gelände entstanden mehrere Projekte und Ausstellungen, die sich „auf dem Täterort“ mit dem Nationalsozialismus und der ingenieurwissenschaftlichen Beteiligung am reibungslosen Betrieb der Konzentrations- und Vernichtungslager auseinandersetzen.

Völkischer Antikapitalismus

Jedes Jahr zum 1. Mai rufen Nazis zwar zum Protest gegen den Kapitalismus auf, stören aber gleichzeitig auch linke und gewerkschaftliche Veranstaltungen. Dass sich solche Phänomene nicht widersprechen, erklärt der neue Band „Völkischer Antikapitalismus? Eine Einführung in die Kapitalismuskritik von rechts“ aus dem UNRAST Verlag. In einfachen Worten wird der komplexe Zusammenhang von sozialer Frage, rechter Kapitalismuskritik und Antisemitismus erläutert. Feststeht: Nazis haben einen eigenen Begriff vom Kapitalismus, der von „raffendem



„Der Anspruch war, Nutzer_innen und Besucher_innen kontinuierlich mit der Geschichte zu konfrontieren. So haben wir Führungen für tourende Bands und Bewohner_innen angeboten sowie interne Diskussionen zum Thema organisiert“ (S. 113). Die abgedruckten Erfahrungsberichte lassen erahnen, auf welche vielfältigen Weisen die Verbindungen von Hausbesetzung und Geschichtspolitik in permanenter Diskussion stattgefunden haben. Das Hausprojekt verstand sich darüber hinaus als Ort aktueller Intervention gegen die Ambitionen von Alt- und Neonazis und unterstützte auch Initiativen wie den „Zug der Erinnerung“, der die Rolle der Bahn bei der Deportation von Kindern nach Auschwitz thematisierte. Im April 2009 wurde das Gelände durch einen (später gerichtlich als teilweise rechtswidrig beurteilten) Polizeieinsatz geräumt. Danach begannen Abriss- und Umgestaltungsarbeiten. Heute stehen dort unter anderem ein Einrichtungscenter, ein Gartenmarkt und Eigentumswohnungen. Am 27. Januar 2011 wurde der offizielle „Erinnerungsort Topf & Söhne“ im ehemaligen Verwaltungsgebäude des Unternehmens feierlich eröffnet. In der Ausstellung und im begleitenden Buch findet sich fast kein Hinweis darauf, dass auf dem ehemals besetzten Teil des Geländes Geschichtsbearbeitung stattfand. Diese Leerstelle ist jetzt geschlossen und kann nachgelesen werden. (rp)

und schaffendem Kapital“ schwadroniert. Der Argumentation zufolge stünden hinter Erstem die Juden, die wiederum auch den Marxismus – in dessen geistiger Tradition die Gewerkschaften stehen – erfunden hätten, um das deutsche Volk zu spalten. Nicht nur die historischen und theoretischen Aspekte dieser Ideologie werden untersucht, sondern auch ihre Aktualität im gegenwärtigen Neonazismus. Den Abschluss des Buches bilden Thesen zum Umgang mit der völkischen Kapitalismuskritik. (Josepha Bogardt)

Miteinander e.V.

Leitbild

Der gemeinnützige Verein *Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V.* setzt sich für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus ein. Wir arbeiten gegen Rassismus, Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die zu Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt führen. Ein besonderes Anliegen ist uns die Stärkung demokratischer Akteur_innen der Zivilgesellschaft und nicht-rechter Jugendlicher sowie die Unterstützung von Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Wir sind in den Handlungsfeldern der Analyse, Beratung, Unterstützung und Bildung tätig mit dem Ziel, einen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft in Sachsen-Anhalt zu leisten. Die besondere Qualität unserer Arbeit liegt darin, aus einem breiten Methoden- und Beratungsspektrum auf die jeweils spezifischen Problemlagen zugeschnittene Angebote zu entwickeln. Von unseren Bildungs- und Beratungsangeboten profitieren sowohl Jugendliche als auch Erwachsene. Der Verein engagiert sich in der Jugend- und Erwachsenenbildung, der Gemeinwesenarbeit, der Beratung von Zivilgesellschaft und kommunalen Akteur_innen sowie der parteilichen Opferberatung.

Struktur

Mitglieder des Vereins sind derzeit sechs Institutionen sowie 52 Privatpersonen. Der Verein beschäftigt gegenwärtig 22 hauptamtliche Mitarbeiter_innen in den drei Regionalen Zentren Magdeburg, Salzwedel und Halle/Saale. *Miteinander e. V.* ist Träger mehrerer Bundesprojekte – u. a. der *Mobilien Beratung für Opfer rechter Gewalt*, der *Arbeitsstelle Rechtsextremismus*, der *Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus*, Träger des Modellprojekts *Rollenwechsel*, des *AntidiskriminierungsNetzwerks Sachsen-Anhalt*, des LAP-Projekts *Junge Ideen* sowie der *Netzwerkstelle Demokratisches Magdeburg*. Dem Vorstand gehören Hans-Jochen Tschiche (Vorsitzender), Anke Lohmann, Curt Stauss und Holger Hövelmann an.

Anerkennung unserer Arbeit

Am 14. September 2003 wurde *Miteinander e. V.* mit dem „Julius-Rumpf-Preis“ der Martin-Niemöller-Stiftung ausgezeichnet. Pfarrer Julius Rumpf (1874-1948) war Weggefährte von Martin Niemöller und Mitglied der Bekennenden Kirche. Mit dem Preis werden jährlich Einzelpersonen und Gruppen ausgezeichnet, die „in sinnvollen Projekten Strukturen der Toleranz und der gewaltfreien Konfliktlösung, der Mitmenschlichkeit und der Versöhnung“ aufbauen. Darüber hinaus wurden Einzelprojekte von *Miteinander e. V.* mit dem „Einheitspreis“ (2007) und bereits dreimal mit dem Preis des „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ ausgezeichnet.

Kontaktadressen

Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.
Web: www.miteinander-ev.de
Facebook: <https://www.facebook.com/miteinanderev>

Geschäftsstelle
Erich-Weinert-Straße 30
39104 Magdeburg
Tel.: (0391) 620773
Fax: (0391) 6207740
net.gs@miteinander-ev.de

Regionales Zentrum Nord
Chüdenstr. 4
29410 Salzwedel
Tel.: (03901) 306430
Fax: (03901) 306432
net.rzn@miteinander-ev.de

Regionales Zentrum Süd
Platanenstr. 9
06114 Halle/Saale
Tel.: (0345) 2266450
Fax: (0345) 2267101
net.rzs@miteinander-ev.de

Spendenkonto
Kontoinhaber: *Miteinander e. V.*
Konto-Nr.: 84 73 400
BLZ: 810 205 00
Bank für Sozialwirtschaft AG

Bitte unterstützen Sie mit einer Spende unsere Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus! Alle Spenden kommen der Arbeit des Vereins zugute. Spenden Sie auf das rechts angegebene Vereinskonto.

Der Verein ist gemeinnützig und Ihre Spende steuerlich absetzbar. Die ordnungsgemäße Verwendung aller Mittel wird durch die Kassenprüfer_innen des Vereins und ein Steuerbüro kontrolliert. Wenn Sie eine Spendenbescheinigung wünschen, teilen Sie uns bitte Ihre Anschrift mit.

Streiten mit Neonazis?



Impressum newsletter # 39

Herausgeber:
Miteinander – Netzwerk für
Demokratie und Weltoffenheit
in Sachsen-Anhalt e. V.

Redaktion:
Pascal Begrich (V.i.S.d.P.)
Michael Barthel
Martin Beck

Autor_innen:
Michael Barthel (mb)
David Begrich (db)
Pascal Begrich (pb)
Christine Böckmann (chb)
Josephha Bogardt
Martin Burgdorf (mab)
Torsten Hahnel (th)
Kathrin Lau (kl)
Ralf Perbandt (rp)
Zissi Sauermann (zs)

Auflage: 600

3. überarbeitete und aktualisierte Auflage der Broschüre erschienen

Wieder erhältlich: unsere Broschüre „Streiten mit Neonazis? Zum Umgang mit öffentlichen Auftritten der extremen Rechten“. Mit der vorliegenden – überarbeiteten und aktualisierten – Auflage kommen wir dem Wunsch vieler Menschen nach, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren. Ihnen und ihrem Engagement für eine demokratische Gesellschaft ist diese Broschüre gewidmet.

Die Neuauflage der Handreichung berücksichtigt aktuelle Entwicklungen und will helfen, das praktische Wissen in der Auseinandersetzung mit Neonazis zu festigen bzw. bestehendes Wissen aufzufrischen. Wie in den vorangegangenen Auflagen enthält die Broschüre einen Serviceteil mit Literaturempfehlungen und Kontaktadressen für Beratungsangebote sowie Hinweisen für die Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen im Themenkontext Rechtsextremismus.

„Streiten mit Neonazis“ kann auf der Website von Miteinander e. V. heruntergeladen bzw. in der Geschäftsstelle des Vereins bestellt werden. Wir berechnen hierfür eine Versandkostenpauschale in Höhe von 3,- € bei bis zu fünf Exemplaren. Versandkosten für größere Mengen erfragen Sie bitte direkt.

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie durch Mittel des Ministeriums für Arbeit und Soziales Sachsen-Anhalt.